Lagertreue vor Arbeitersolidarität? Die christlichsoziale Bewegung der Schweiz im Landesstreik 1918

Autor(en): **Holenstein, Dieter**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für schweizerische Kirchengeschichte = Revue d'histoire ecclésiastique suisse**

Band (Jahr): **85 (1991)**

PDF erstellt am: **26.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-130217

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Lagertreue vor Arbeitersolidarität? Die christlichsoziale Bewegung der Schweiz im Landesstreik 1918

Dieter Holenstein

Es ist schlicht undenkbar, der in diesem Artikel zu behandelnden Thematik auch nur einigermassen gerecht zu werden, ohne wenigstens die grossen Linien der christlichsozialen Entstehungsgeschichte miteinzubeziehen. Deshalb zunächst ein Blick zurück unmittelbar vor die Jahrhundertwende. Hauptträger der katholisch-sozialen Bewegung der Schweiz war damals der 1888 geschaffene Verband der Männer- und Arbeitervereine (VMAV), der sich aber bereits wenige Jahre nach seinem Entstehen innerhalb der katholischen Subgesellschaft immer massiverer Kritik ausgesetzt sah.[1] Eine wesentliche Rolle spielte dabei, dass der VMAV einerseits nicht gewillt war, seine heterogene, Arbeitnehmer und Arbeitgeber umfassende Mitgliederstruktur zu ändern, und dass er andererseits kompromisslos an der Idee einer Zusammenenarbeit mit der Sozialdemokratie in konfessionell und politisch neutralen Einheitsgewerkschaften festhielt. Damit wurden in doppeltem Sinne die Zeichen der Zeit grundlegend verkannt, drängte sich doch im Zuge des rasanten Wirtschaftswachstums um die Jahrhundertwende und der damit verbundenen Verschärfung der sozialpolitischen Auseinandersetzungen die Bildung

[1] Zum VMAV vgl. Urs Altermatt, Der Weg der Schweizer Katholiken ins Ghetto. Die Entstehungsgeschichte der nationalen Volksorganisationen im Schweizer Katholizismus 1848–1919, Zürich ²1991, 119–160; Roland Ruffieux, Le Mouvement chrétien-social en Suisse romande 1891–1949. Etudes et recherches d'histoire contemporaine, Bd. 2, Freiburg 1969, 86–97; Gregor Beuret, Die katholisch-soziale Bewegung in der Schweiz 1848–1919, Winterthur 1959, 118–165. Zum Begriff der katholischen Subgesellschaft vgl. Urs Altermatt, Katholizismus und Moderne. Zur Sozial- und Mentalitätsgeschichte der Schweizer Katholiken im 19. und 20. Jahrhundert, Zürich 1989, 104–105; Altermatt, Ghetto, 20–21.

reiner Arbeiterverbände geradezu auf. Ausserdem machten gerade die sozialdemokratischen Organisationen der Schweiz in dieser Zeit eine unverkennbare Radikalisierung durch, welche den Wunsch nach einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung immer unrealistischer werden liess.[2]

So ist es denn alles andere als erstaunlich, dass schliesslich 1899 in St. Gallen der erste Arbeiterverein christlichsozialer Ausrichtung geschaffen und damit der Grundstein für den Aufbau einer katholisch geprägten Arbeiterbewegung gelegt wurde, die mit ihrem auf drei Säulen basierenden Organisationsmodell – Arbeiter- bzw. Arbeiterinnenvereine, Gewerkschaften und Genossenschaften – in der Folge rasch expandierte und die sich innerhalb der schweizerischen Arbeiterbewegung bis zum Ende des Ersten Weltkrieges als zweitstärkste Kraft hinter der Sozialdemokratie etablierte.[3]

Christlichsoziale Orientierungsfixpunkte: katholisches Lager und Sozialdemokratie

Von zentraler und während der ersten Jahrzehnte ihrer Entwicklungsgeschichte ungebrochener Bedeutung waren für die neu entstandene Bewegung zwei unveränderbare Grundpositionen, welche – bedingt schon durch die geschilderten Rahmenbedingungen um die Jahrhundertwende – von Anfang an konsequent eingehalten wurden und die schliesslich auch im Landesstreik 1918 in aller Deutlichkeit

[2] Zum angesprochenen Wirtschaftswachstum, das allein zwischen 1888 und 1910 474 956 zusätzliche nichtagrarische Arbeitsplätze brachte, vgl. Erich Gruner, Arbeiterschaft und Wirtschaft in der Schweiz 1880–1914, Bd. 1, Zürich 1987. Zur Radikalisierung der sozialdemokratischen Bewegung vgl. Ebd., Bd. 2/2, 827–1212.

[3] Zu Entstehung und Aufbau der christlichsozialen Organisationen vgl. Altermatt, Ghetto, 249–275 und 320–327; Ruffieux, Mouvement chrétien-social; Beuret, Katholisch-soziale Bewegung, 144–202 und 219–230. Formell stellte sich die Bewegung zwar auf interkonfessionellen Boden, noch 1914 betrug aber der Anteil der Protestanten in den Gewerkschaften lediglich 10–15%. Vgl. Memorandum des Zentralkomitees der christlichsozialen Arbeiterorganisationen an die Bischöfe betreffend die Gewerkschaftsfrage vom 10. Juli 1914, Protokollakten des Zentralverbandes christlichsozialer Arbeiterorganisationen, 1914. Akten zur Christlichen Sozialbewegung der Schweiz, Bundesarchiv Bern.

zum Tragen kamen: die Verankerung in der katholischen Subgesellschaft sowie der Konfrontationskurs zur sozialdemokratischen Arbeiterbewegung.

Es darf ohne Übertreibung festgestellt werden, dass die feste Verankerung im katholischen Lager für die Christlichsozialen in Anbetracht ihrer Minderheitsstellung in der Arbeiterbewegung die einzig mögliche Überlebensstrategie darstellen konnte. Sie wurde denn auch bewusst gefördert. Dazu nur einige wenige Stichworte. So waren etwa die beiden grossen Gründerfiguren der christlichsozialen Bewegung, Johann Baptist Jung und Aloisius Scheiwiler, der spätere Bischof von St. Gallen, Geistliche. Die Standesvereine, gewissermassen der Kern des gesamten Organisationswesens, standen statutengemäss ebenfalls unter geistlicher Führung. Ausserdem befürwortete der Katholikenverein ebenso wie die schweizerische Bischofskonferenz seit 1902 offiziell die Ausbreitung der Bewegung in der ganzen Schweiz.

Aber auch auf politischem Gebiet wurden die Christlichsozialen eingegliedert. Im Komitee der 1912 gegründeten Schweizerischen Konservativen Volkspartei (SKVP) konnten sie immerhin fünf Sitze beanspruchen, zudem verpflichtete sich die Partei in ihrem Programm dazu, das christliche Gewerkschaftswesen zu fördern und für das Koalitionsrecht der Arbeiter einzustehen.

Der Rückhalt bei Geistlichkeit und katholischem Verbandswesen war für die Christlichsozialen umso wichtiger, als sie von konservativen, generell gewerkschaftsfeindlichen Kreisen oft hart angegangen wurden. Dabei fielen oft auch wenig schmeichelhafte Ausdrücke wie «unnötiges Gewächs», «Übereiferer, unbedachte Schwärmer» sowie «verkappte Sozialisten».[4] 1906 wurde überdies im «Arbeiter», dem Organ der christlichsozialen Arbeitervereine, bezüglich der Gründung eines Standesvereins in Olten rückblickend festgehalten, es sei manchmal entmutigend gewesen, «von Arbeitern und Angestellten [...] hören zu müssen, ja wir kämen schon zu euerm Vereine, aber unsere Herren sind euch nicht hold, man sagt ihr seid eben doch Sozi, nur die gleiche Farbe in schwarz.»[5]

Immerhin bleibt aber festzuhalten, dass die Anfeindungen aus dem eigenen Lager heraus in ihrer Breite bedeutend weniger gravie-

[4] Arbeiter, 9. August 1907 und 26. August 1905.
[5] Ebd., 24. August 1906.

rend waren als die Konflikte mit dem grossen Gegenspieler der Christlichsozialen, der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Wie oben gesehen, waren bereits mit der Schaffung christlichsozialer Organisationen an sich die Weichen für eine Abkehr von der konsensorientierten, nach Einheitsgewerkschaften strebenden Position des VMAV gestellt worden. In den ersten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts verschärfte sich diese Polarisierung dann auch auf programmatischem Gebiet, stellten sich doch sowohl die Sozialdemokratische Partei der Schweiz als auch der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) schon vor Weltkrieg und Landesstreik auf eine klar marxistisch-klassenkämpferische Grundlage, während die Christlichsozialen ihre Programmatik vielmehr auf die katholische Soziallehre abstützten, sich in wesentlichem Masse auf die päpstliche Enzyklika «Rerum Novarum» beriefen und somit die Ständeversöhnung, d.h. ein friedliches Zusammenleben der verschiedenen am Produktionsprozess beteiligten gesellschaftlichen Gruppierungen anstrebten.[6] Entsprechend gemässigt präsentierte sich denn auch die christlichsoziale Streikdoktrin. Während gesamtschweizerisch gesehen im Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg der Ausstand zum beherrschenden Element der Gewerkschaftsgeschichte schlechthin wurde und auf seiten des SGB teils sehr offensive Anwendung fand[7], wurde in den 1907 verabschiedeten Programmleitsätzen der christlichsozialen Gewerkschaften festgehalten, der Streik dürfe nur «als letztes Mittel und wenn Erfolg versprechend, angewandt werden.»[8] Wie diese Bestimmung genau zu verstehen sei, erläuterte Georg Brielmaier, erster Präsident des Christlichsozialen Gewerkschaftsbundes der Schweiz, gleich selber, indem er präzisierte, zum Ausstand dürfe nur geschritten werden, «wenn

[6] Zur Programmatik der Christlichsozialen und der Enzyklika «Rerum Novarum» vgl. z. B. Altermatt, Ghetto, 257–260; Beuret, Katholisch-soziale Bewegung, 98–103 und 144–151; Ruffieux, Mouvement chrétien-social, 83–86.

[7] Allein zwischen 1900 und 1914 fanden in der Schweiz insgesamt 1347 gewerkschaftliche Streiks mit 221 729 beteiligten Arbeitern statt. Vgl. Gruner, Arbeiterschaft und Wirtschaft, Bd. 2/1, 83–145; Computer-Auszug, Streikprojekt Gruner. (Es handelt sich dabei um statistische Rohdaten, die bei den Vorarbeiten für die oben genannte Studie Gruners gesammelt und abgespeichert wurden, jedoch nur zum Teil in der Publikation Aufnahme fanden.)

[8] Protokoll der Verhandlungen des I. Kongresses der christlichen Gewerkschaften der Schweiz, abgehalten am 12. Mai 1907 in Winterthur. Schriften der christlichsozialen Arbeiter-Organisationen der Schweiz 3, Zürich 1907, 38.

alle übrigen Mittel, den berechtigten Forderungen der Arbeiter zum Durchbruch zu verhelfen, gescheitert» seien.[9] Diese Position wurde im übrigen bis zum Landesstreik 1918 keinesfalls revidiert, sondern vielmehr immer wieder bestätigt.

Ein weiterer, für die Ereignisse des Jahres 1918 sehr wesentlicher Bereich, in dem die gegensätzlichen Positionen klar zu Tage traten, war die Beurteilung des Generalstreiks. Während ihn etwa der Berner Sozialdemokrat Robert Grimm als eigentliches Kampfmittel des politischen Umsturzes betrachtete und ihn auch das Bundeskomitee des SGB 1913 als politisches Druckmittel nicht völlig ausschloss[10], bildete der Generalstreik auf christlichsozialer Seite ein so offensichtlich inakzeptables und untaugliches Kampfmittel, dass er in den leitenden Bewegungsgremien bis ins Vorfeld des Landesstreiks 1918 gar nicht zur Sprache kam. Immerhin wurde er 1912 im «Arbeiter» als «Generalunsinn»[11] bezeichnet, und fünf Jahre später wurde gleichenorts entschieden festgehalten, der Generalstreik bedeute in jedem Fall «ein Spielen mit Feuer und Schwert, mit Blut und Revolution.»[12]

Es liegt auf der Hand, dass sich die scharfen ideologischen Gegensätze zwischen den beiden Sozialrichtungen auch in ebenso heftigen verbalen Attacken äusserten. So wurde, um nur ein Beispiel zu nennen, im christlichsozialen «Arbeiter» 1916 beklagt, in grossen Teilen der Arbeiterschaft herrsche ein «Mangel an Religion», da diese «mit teuflischer Bosheit von sozialistischen Blättern und Büchern und Agitatoren aus den trostlosen Proletarierherzen herausgerissen» worden sei.[13] Auf sozialdemokratischer Seite wurden die Christlichsozialen aus der eigenen Überlegenheitsposition heraus in der Regel ganz einfach ignoriert, von Zeit zu Zeit aber in der Presse auch wieder scharf angegriffen. So warf ihnen etwa das Zürcher «Volksrecht» 1915 Organisationszersplitterung vor, und fast gleichzeitig war in der St. Galler «Volksstimme» zu lesen, die Christlichsozialen dienten

[9] Ebd., 13.
[10] Robert Grimm, der politische Massenstreik. Ein Vortrag, Basel 1906, 44; Stellungnahme der schweizerischen Gewerkschaftsverbände zum Generalstreik. Materialien zuhanden der Delegierten zum schweizerischen Gewerkschaftskongress, zusammengestellt vom Sekretariat des SGB, Bern 1913, 80.
[11] Arbeiter, 20. Juli 1912.
[12] Ebd., 1. September 1917.
[13] Ebd., 19. August 1916.

letzten Endes nicht den Werktätigen, «sondern der Kapitalistenklasse».[14] Trotz der sehr unterschiedlichen Position der sozialdemokratischen und der christlichsozialen Arbeiterbewegung war aber – und das ist meiner Ansicht nach eine ganz wesentliche Feststellung – auf der Ebene der pragmatischen Tagesarbeit ein Zusammengehen durchaus möglich. So befürworteten etwa die christlichsozialen Gewerkschaften 1909 ausdrücklich eine Zusammenarbeit mit andersgerichteten Organisationen bei konkreten Aktionen.[15] Dass es nicht bei Lippenbekenntnissen blieb, belegen folgende Zahlen: Allein im Zeitraum zwischen 1900 und 1914 wurden 34 Streiks, an denen insgesamt 13 505 Arbeiter beteiligt waren, von christlichsozialen und sozialdemokratischen Verbänden gemeinsam geführt[16], und auch nach Weltkrieg und Landesstreik war ein Zusammengehen offenbar keine Seltenheit, führte doch laut Jahresbericht des Christlichsozialen Gewerkschaftsbundes der eigene Metallarbeiterverband 1919 von 31 Lohnbewegungen 16, also rund die Hälfte, zusammen mit dem Konkurrenzverband des SGB.[17]

Die christlichsoziale Bewegung im Landesstreik – Bestätigung der bisherigen Positionen

Ende des Berichtsjahres 1918 wiesen die Christlichsozialen 11 012 Mitglieder in den Arbeiter-, 19 461 in den Arbeiterinnenvereinen und 8158 in den Gewerkschaften aus.[18] Der Schweizerische Gewerkschaftsbund seinerseits zählte zum gleichen Zeitpunkt 177 143 Werktätige in seinen Reihen.[19] Schon dieser Vergleich veranschaulicht,

[14] Volksrecht, 18. März 1915; Volksstimme, 10. März 1915.
[15] Gewerkschafter, 11. Juni 1909.
[16] Computer-Auszug, Streikprojekt Gruner.
[17] Jahresbericht des Christlichsozialen Gewerkschaftsbundes der Schweiz 1919, Winterthur 1920, 16.
[18] Jahresbericht des Zentralverbandes christlichsozialer Arbeiterorganisationen der Schweiz 1918, Winterthur 1919, 7–24. Die Gesamtzahl christlichsozial organisierter Arbeiter ist wegen der ungeklärten Anzahl von Doppelmitgliedschaften nicht genau zu eruieren.
[19] Die Gewerkschaftsverbände der Schweiz im Jahre 1924. Beilage zu: Gewerkschaftliche Rundschau 8 (1925), 3.

dass die Christlichsozialen in Anbetracht ihrer zahlenmässigen Unterlegenheit den Verlauf des Landesstreiks, an dem sich insgesamt rund 250 000 Arbeiter beteiligten[20], nicht zu beeinflussen vermochten. Nichtsdestoweniger nahmen sie aber schon im Vorfeld des Konfliktes unmissverständlich Stellung und bestätigten dabei ihre bisherigen programmatischen Grundpositionen voll und ganz. So erschien bereits im Februar 1918 im «Gewerkschafter» und auch in Flugblattform ein Aufruf des Zentralausschusses der christlichsozialen Organisationen, in dem der kurz vorher von sozialdemokratischer Seite erstmals angedrohte Landesstreik scharf verurteilt wurde: «Eine Anzahl gewisser Hetzer [...] bieten alles auf, um unser friedliches Land in den Abgrund eines wahnsinnigen Generalstreiks und dadurch der Revolution hineinzustürzen. Dass ein Landesgeneralstreik kein Pfund mehr Brot und keinen Zoll mehr Verdienst ins Land bringt, sondern nur ungeheure Verwirrung schafft und zahllose Familien ins Elend stürzt, scheinen diese Leute nicht zu fragen [...] Wir werden jedem Versuch zur Revolution entgegentreten und fordern das arbeitende Volk auf, sich im ganzen Lande zur Abwehr zu rüsten.»[21] Ähnlich scharfe Äusserungen wurden von christlichsozialer Seite auch in den nächsten Monaten und dann vor allem nach dem tatsächlichen Ausbruch des Landesstreiks am 9./10. November 1918 gemacht, als die Arbeiterschaft nämlich in insgesamt 8 Flugblättern dazu aufgefordert wurde, weiterzuarbeiten und nicht in den Ausstand zu treten. Der Grundtenor der entsprechenden Aufrufe in den Streiktagen lässt sich am treffendsten mit der Kurzformel «Abwehr des bolschewistischen Umsturzversuches» charakterisieren. Ohne jede Einschränkung wurde nämlich der Landesstreik nicht etwa lediglich als letztes und massivstes Mittel einer sozialdemokratischen Pressure-Politik, sondern vielmehr als Werk durchtriebener Revolutionäre dargestellt, die – durch das russische Vorbild geblendet und von bolschewistischem Gedankengut verdorben – den Sturz der bestehenden Ordnung auf gewaltsame Weise erzwingen wollten.

[20] Zum Landesstreik 1918 vgl. z.B. Willi Gautschi, Der Landesstreik 1918, Zürich/Einsiedeln/Köln 1968; Marc Vuilleumier/François Kohler/Eliane Ballif/Mauro Cerutti/Bernard Chevalley, La Grève générale de 1918 en Suisse. Collection Histoire 2, Genf 1977; Roland Ruffieux, La Suisse de l'entre-deux-guerres, Lausanne 1974, 50–72.

[21] Gewerkschafter, 15. Februar 1918. Bei dieser Zeitung handelte es sich um das offizielle Organ der christlichsozialen Gewerkschaften.

In einem «Appell der christlichen Arbeiterschaft an das Schweizervolk», der am 9. und 10. November in konservativen Tageszeitungen erschien[22], wurde nicht nur die Umsturzgefahr in der Schweiz dramatisch geschildert, sondern sogar das Gespenst einer heimlich geplanten bolschewistischen Weltrevolution an die Wand gemalt: «Drohend steigen am Horizont die düstern Wolken des Welt-Bolschewismus empor. Im Dunkeln schleichende Mächte arbeiten unter dem täuschenden Deckmantel der Arbeiter- und Volksfreundlichkeit auf einen revolutionären Umsturz der bestehenden Verhältnisse hin und möchten so den blutigen Krieg auf den Schlachtfeldern in einen noch blutigeren im Innern der Völker folgen lassen». Trotz seines extremen und sicherlich überzeichneten Charakters wäre es zu einfach, dieses Schreckensbild ausschliesslich als billiges Propagandamittel abzutun, bewirkten doch äussere Ereignisse – vor allem die Entwicklung in Deutschland, wo am 9. November der Kaiser abdankte, Kurt Eisner in Bayern die Republik ausrief und in zahlreichen Städten Arbeiter- und Soldatenräte die Macht zu ergreifen versuchten – auch in der Schweiz eine zusätzliche Verschärfung der bereits gravierenden Polarisierung zwischen links und rechts und eine Verstärkung der in breiten Kreisen der Bevölkerung spürbaren Revolutionsangst.[23]

Angesichts der flammenden Aufrufe der Bewegungsleitung bleibt nun noch die Frage zu klären, wie sich denn das christlichsoziale Fussvolk in den Streiktagen verhielt. Leistete es der Aufforderung zur Weiterführung der Arbeit Folge oder solidarisierte es sich etwa sogar mit der Ausstandsbewegung? – Da Sitzungsprotokolle und andere schriftliche Aufzeichnungen während der Streiktage auf christlichsozialer Seite völlig fehlen, ist die Beantwortung dieser Frage nur sehr fragmentarisch möglich. Bemerkenswerte und recht unerwartete Auskünfte zum Streikverlauf in Herisau konnte Alfred Horber, 1941 Sekretär und später bis 1973 Zentralpräsident des Christlichen Textil- und Bekleidungsarbeiterverbandes der Schweiz, liefern, der die Novemberunruhen 1918 als Ladenhilfe und Laufbursche in einem Kolonialwarengschäft und Mitglied des lokalen

[22] Vgl. z. B. Ostschweiz, 9. November 1918, Morgenblatt; Basler Volksblatt, 10. November 1918. Der Aufruf erschien im Namen der christlichsozialen Organisationen.

[23] Gautschi, Landesstreik, 258–70.

christlichsozialen Arbeitervereins erlebte.[24] Interessanterweise unterstreicht Horber, wegen der sozialen Not der Arbeiter bei gleichzeitiger Bereicherung der Unternehmer die Ausrufung des Landesstreiks begrüsst zu haben. Überhaupt hätten praktisch alle christlichsozialen Textilarbeiter, zirka 70 an der Zahl, die Arbeit niedergelegt und seien keinesfalls daran interessiert gewesen, den Streik, der sich in Herisau im wesentlichen auf die Textilfabriken beschränkt habe, zu brechen. Gemeinsame Versammlungen mit den Sozialdemokraten hätten aber nicht stattgefunden. Horber betont auch ausdrücklich, die christlichsoziale Leitung in St. Gallen habe weder im Verlaufe noch im Anschluss an den Streik ihre Herisauer Gefolgsleute gemassregelt.

Die in Herisau gedruckte Appenzeller-Zeitung bestätigt die Angaben Horbers wenigstens teilweise, war doch am 16. November 1918 dort zu lesen, der Streik habe sich auf die Fabriken beschränkt, während die Verkaufslokale offen geblieben seien. Die Christlichsozialen fanden aber im entsprechenden Bericht keine Erwähnung.[25]

Horbers Äusserungen sind zweifellos als bemerkenswert einzustufen, liefern sie doch wenigstens in bezug auf einen Ort konkrete Anhaltspunkte für eine aktive Beteiligung christlichsozialer Arbeiter am Landesstreik. Entsprechende Hinweise auf andere Fälle waren allerdings nicht zu ermitteln, und auch Horber konnte keine weiteren Beispiele eines überzeugten Mitstreikens christlichsozialer Arbeiter geben. Dass von der Bewegungspresse sowie den Führungsgremien derartige Angaben nicht gemacht, sondern Pannen wie diejenige in Herisau gegebenenfalls vielmehr verschwiegen wurden, kann sicher nicht erstaunen, war man doch aus naheliegenden Gründen nicht daran interessiert, ein Abweichen der eigenen Gefolgschaft von der ausgegebenen Marschroute publik zu machen. Immerhin vermerkte Joseph Scherrer, nach dem Weltkrieg der starke Mann der Bewegung, 1919 rückblickend in einem unveröffentlichten Bericht, es fehle «nicht an Mitgliedern, die den starken Linkskurs gerne mitgemacht hätten und denen unsere Forderungen zu zahm und unsere Taktik zu

[24] Horber wurde 1899 in Herisau geboren und trat dort 1917 in den christlichsozialen Arbeiterverein ein. Seine Auskünfte sind durch ein Gesprächsprotokoll belegt.

[25] Appenzeller-Zeitung, 16. November 1918.

überlegt sind», die «gerne forscher und extremer dreinfahren möchten».[26] Präzisere Angaben machte aber auch Scherrer nicht.

Ein weiteres, für die christlichsoziale Bewegungsleitung recht peinliches Ereignis während der Streiktage war die Stillegung der eigenen Verbandsdruckerei Konkordia in Winterthur, hatte sie doch zur Folge, dass vom 9. bis zum 15. November kein einziges Bewegungsblatt erscheinen konnte. Am 22. November teilte die Geschäftsleitung der Buchdruckerei Konkordia im «Gewerkschafter» diesbzüglich mit: «Wegen des Generalstreikes konnte auch der ‹Gewerkschafter› letzte Woche nicht erscheinen [...] Es sei hier festgestellt, dass die Mehrheit unseres Personals mit dem Generalstreik nicht einig ging. Sie wurden, wie alle christlichen Arbeiter auf dem Platz Winterthur von der roten Übermacht vergewaltigt, die unter gehässigster Bedrohung das Geschäft Tag und Nacht überwachte».[27] Weiter hiess es dann, man habe nun dafür zu sorgen, «dass bei einer Wiederholung eines Landesstreiks Leute auf der Buchdruckerei arbeiten, die nicht durch Verbandskommando gezwungen sind, zu streiken.» – So unglaublich das auch scheinen mag: 1918 waren offensichtlich in der christlichsozialen Verbandsdruckerei auch Mitglieder der sozialdemokratischen Typographia angestellt, welche der Streikparole Folge leisteten, die Arbeit niederlegten und so letztlich die Stillegung der Druckerei bewirkten. Dieser paradoxe Sachverhalt, also gewissermassen die Existenz eines sozialdemokratischen Kuckuckseis im christlichsozialen Nest, wird auch durch einen Briefwechsel bestätigt, liess sich doch Pfarrer Johannes Lukas vom katholischen Pfarramt Rüti in einem an den christlichsozialen Zentralverband adressierten Schreiben darüber aus, «dass in der Genossenschaftsdruckerei der Leiter, Hr. Betz, u. sonstiges Personal in der sozialistischen Typographia Mitglieder sind. Diese Kunde wird weiter dringen zum grössten Schaden der Organisation. [...] Nach dem Generalstreik ist es ein Hohn, wenn in den christl.-soz. Geschäften und Instituten noch sozialistisch organisiertes Personal tätig ist.»[28]

[26] Joseph Scherrer, Bericht über die christlichsoziale Partei des Kantons St. Gallen, 1919. Akten zur Christlichen Sozialbewegung der Schweiz, Bundesarchiv Bern.

[27] Gewerkschafter, 22. November 1918.

[28] Brief von Pfarrer Johannes Lukas, kath. Pfarramt Rüti, an den Zentralverband christlichsozialer Arbeiterorganisationen vom 11. Dezember 1918. Protokollakten des christlichsozialen Zentralverbandes, 1918.

In einem sofort abgeschickten Antwortschreiben nahm Joseph Scherrer im Namen des Zentralverbandes zu den Vorwürfen Stellung und gab zu, das Setzerpersonal der Verbandsdruckerei gehöre in der Tat der Typographia an, was wesentlich mit deren starker Stellung im Druckereigewerbe zusammenhänge. Vor allem für ältere Mitglieder der Typographia sei ein Austritt mit harten materiellen Konsequenzen verbunden, da sie dann alle Ansprüche an die Hilfskasse des Verbandes verlieren würden. Trotzdem müsse es nun aber darum gehen, die eigene Buchdruckergewerkschaft zu stärken, um «nach und nach christl.-sozial organisiertes Setzerpersonal einstellen zu können.»[29]

Der Verweis Scherrers auf die Stärke der Typographia wird durch einen Mitgliedervergleich durchaus erhärtet, wies doch der dem SGB angeschlossenen Schweizerische Typographenbund (STB) Ende 1918 5144 Mitglieder aus, die christlichsoziale Buchdruckergewerkschaft hingegen nur 286.[30] Ausserdem stellte die Typographia eine Art schweizerische Mustergewerkschaft dar, die schon vor dem Krieg Arbeitszeitregelungen zu erkämpfen vermochte, welche in den meisten andern Berufszweigen erst Jahrzehnte später Wirklichkeit wurden.[31] Ungeachtet der gewerkschaftlichen Stärkeverhältnisse hatte aber die Stillegung der christlichsozialen Genossenschaftsdruckerei ein Nachspiel. Vor allem beim Gewerkschaftsbund schien die Empörung gross zu sein, sprach sich doch dessen Präsident Johannes Müller sogar dafür aus, eine andere Verbandsdruckerei zu schaffen, falls auf die Anstellung von Mitgliedern der Typographia nicht verzichtet werde.[32] Eine Klärung der Situation liess dann aber schliesslich nicht lange auf sich warten, beschloss doch die Geschäftsleitung der Verbandsdruckerei Konkordia, ab dem 1. Januar 1920 keine sozial-

[29] Antwortschreiben Joseph Scherrers im Auftrag des Zentralkomitees an Pfarrer Johannes Lukas vom 11. Dezember 1918, Protokollakten des christlichsozialen Zentralverbandes, 1918.

[30] Jahresbericht des Zentralverbandes christlichsozialer Arbeiterorganisationen, 1918, 24; Die Gewerkschaftsverbände der Schweiz im Jahre 1918. Beilage zu: Gewerkschaftliche Rundschau 12 (1919), 2.

[31] Gruner, Arbeiterschaft und Wirtschaft, Bd. 1, 318–320.

[32] Sitzungsprotokoll des Ausschusses des Christlichsozialen Gewerkschaftsbundes vom 26. April 1919, CNG-Archiv Bern.

demokratisch organisierten Arbeiter mehr anzustellen[33], wonach das Thema – den Protokollen nach zu urteilen – in den Bewegungsgremien nicht mehr zur Sprache kam.

Abschliessend bleibt festzuhalten, dass neben den geschilderten Fällen in Herisau und Winterthur quellenmässig keine weiteren erwähnenswerten Beispiele für eine streikfördernde oder -hemmende Haltung der christlichsozialen Arbeiterschaft in den Konflikttagen zu belegen sind. Immerhin zeigen verschiedene Stellungnahmen nach den Streiktagen deutlich, dass mindestens aus der Sicht der Bewegungsleitung die Weisungen nach Weiterführung der Arbeit befolgt wurden. So wies etwa Joseph Scherrer in einer Sitzung des Zentralverbandsausschusses befriedigt darauf hin, die christlichsoziale Arbeiterschaft habe der Parole ihrer Führer treu Folge geleistet und sei wo immer möglich der Arbeit nachgegangen.[34]

Christlichsoziale Überbetonung der Lagertreue auf Kosten der Arbeitersolidarität?

Wie bereits am Anfang des Artikels dargelegt, bildete die Verankerung in der katholischen Subgesellschaft für die Christlichsozialen die zentrale Existenzgrundlage schlechthin. Wurde diese Einbindung auf organisatorisch-strukturellem Gebiet – wie gesehen – von Anfang an bewusst erstrebt und auch weitgehend erreicht, so fand sie auf der ideologisch-programmatischen Ebene durch den Antisozialismus, den die Christlichsozialen von der Gründung ihres ersten Vereins an auf ihre Fahnen schrieben, entscheidende Förderung. Erklärt wird dieser Umstand durch die politische Blockbildung in der Schweiz um und nach der Jahrhundertwende, machte doch im Zuge der Erstarkung und Radikalisierung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung die gegenseitige Annäherung der Katholisch-Konservativen

[33] Brief der Geschäftsleitung der Buchdruckerei Konkordia an den christlichsozialen Zentralverband vom 30. April 1919, Protokollakten des christlichsozialen Zentralverbandes, 1919.

[34] Sitzungsprotokoll des Ausschusses des christlichsozialen Zentralverbandes vom 2. Dezember 1918.

und des Freisinns, die bis anhin einen jahrzehntelangen, zeitweise erbitterten Oppositionskurs gesteuert hatten, grosse Fortschritte.[35] Das entscheidende Ereignis in diesem Verbündungsprozess bildete unbestrittenermassen der Landesstreik 1918, wo der nach wie vor freisinnig dominierte Staat und die aus diesem weitgehend ausgegrenzte sozialdemokratische Arbeiterbewegung am heftigsten aufeinanderprallten. Dadurch dass sich die Katholisch-Konservativen in der Stunde der Bedrohung unmissverständlich gegen den Streik stellten und nicht unwesentlich zu dessen Niederschlagung beitrugen, erwiesen sie sich endgültig als verlässliche Verfechter des bürgerlichen Gesellschaftssystems, erhielten 1919 gewissermassen als Belohnung einen zweiten Bundesratssitz zugesprochen und wurden damit nun zum eigentlichen Koalitionspartner der freisinnig geführten Bundesregierung.

Es liegt auf der Hand, dass für die Christlichsozialen angesichts dieser politischen Grosswetterlage das antisozialistische Bekenntnis die einige Gewähr bot, nicht aus dem katholischen Lager ausgegrenzt und als Folge davon von der übermächtigen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, die in ihren Gewerkschaften, wie oben gesehen, 1918 immer noch rund 20mal mehr Werktätige vereinigte, einverleibt oder sogar zerrieben zu werden. Markierten die Katholisch-Konservativen mit ihrem Antisozialismus Staatstreue, so bedeutete er für die Christlichsozialen vor allem im Moment des grössten Konfliktes, dem Landesstreik, demzufolge Lager- und Staatstreue zugleich. Nur so ist erklärbar, dass sie in St. Gallen in den Streiktagen ein Flugblatt verbreiteten, das von der Konservativen Volkspartei sowie – und darin liegt der springende Punkt – ausgerechnet von der freisinnigen Partei mitunterzeichnet war und in dem ein «kräftiges solidarisches Auftreten der Bürgerschaft» gefordert wurde, um dem «heute herrschenden Terrorismus Halt» zu gebieten.[36] Bereits vor dem Ausbruch des Konflikts demonstrierten die Christlichsozialen ihre Staatstreue überdies auch in einer Eingabe an den Bundesrat, in

[35] Zu dieser Neuorientierung der politischen Blöcke in der Schweiz vgl. z. B. Altermatt, Katholizismus und Moderne, 151–159.

[36] «Zurück zur Arbeit!» Undatiertes Flugblatt aus den Tagen des Landesstreiks, unterzeichnet von den St. Galler Sektionen der freisinnig-demokratischen Partei, der Konservativen Volkspartei, der christlichsozialen Organisationen und des freien Arbeiter-Verbandes. Flugblätter aus der Zeit des Landesstreiks, Staatsarchiv St. Gallen.

der die Landesregierung unter anderem dazu aufgefordert wurde, für den Fall eines Landesstreiks Massnahmen zum Schutze der Arbeitswilligen zu treffen, womit natürlich klar der eigene Wille zum Ausdruck kam, auch nach einem allfälligen Ausbruch des Konfliktes wenn immer möglich weiterzuarbeiten.[37]

Angesichts des geschilderten Verhaltens stellt sich natürlich auch die Frage, ob denn bedingt durch die heftig demonstrierte Lager- und Staatstreue bei den Christlichsozialen der Gedanke der Arbeitersolidarität, welcher ja für sie als Arbeiterbewegung ein zentrales Anliegen bilden musste, im Landesstreik auf der Strecke blieb. – Aus sozialdemokratischer Sicht war die Antwort auf diese Frage klar. Zwar wurde der kleine Gegenverband auch im Zusammenhang mit dem Landesstreik vor allem durch Nichtbeachtung gestraft, in einzelnen Pressebeiträgen aber hart angegangen. So wurde etwa am 14. August 1918 in der «Berner Tagwacht» die Ablehnung einer landesweiten Arbeitsniederlegung durch die Christlichsozialen mit folgenden abschätzigen Worten kommentiert: «Diese von Papst Leo gegründete Organisation bewegte sich bis heute in katholischer Interessenpolitik, die sich noch nie aus ihrem aufgezwängten Joche befreien konnte.»[38] Am 13. November, mitten in den Konflikttagen also, war dann in der St. Galler «Volksstimme» zu lesen, es seien Flugblätter im Umlauf, darunter auch solche der Christlichsozialen, welche die Werktätigen zur Wiederaufnahme der Arbeit aufriefen. Weiter hiess es im entsprechenden Artikel: «Wenn das die Herren, Kapitalisten und Geldmenschen [...] tun, so ist das erklärlich. Unbegreiflich ist es aber, dass Arbeiter dem arbeitenden Volk in den Rücken schiessen. Wenn das in Uniform gesteckte Arbeiter auf militärischen Befehl tun, so ist es erklärlich; dass es aber noch Arbeiter gibt, die ihre niedere Gesinnung so billig verkaufen, begreift kein denkender Arbeiter.»[39]

Von sozialdemokratischer Seite wurde den Christlichsozialen also offensichtlich – auch andere Äusserungen belegen das – schlicht Verrat an der Sache der Arbeiter vorgeworfen. Dabei wurde aller-

[37] «An den hohen Schweizerischen Bundesrat in Bern». Eingabe der christlichsozialen Arbeiterorganisationen an den Bundesrat vom 14. August 1918. Gewerkschafter, 23. August 1918.

[38] Berner Tagwacht, 14. August 1918.

[39] Volksstimme, Zweites Blatt des Generalstreiks 1918, 13. November 1918.

dings grosszügig darüber hinweggesehen, dass die Idee einer landesweiten Arbeitsniederlegung – eine Umfrage des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes im März 1918 hatte es gezeigt – auch in den eigenen Reihen alles andere als unbestritten war und dass im November die Streikparole in verschiedenen Landesteilen, in denen die Christlichsozialen nur schwach vertreten waren, von den Werktätigen nur sehr zaghaft befolgt wurde, so vor allem in der Westschweiz und im Tessin.[40] Arbeiterverrat war aber auch deshalb nicht gegeben, weil die Christlichsozialen die Interessen der Werktätigen durchaus aktiv wahrnahmen. Allein für das Jahr 1918 wies der Jahresbericht des Zentralverbandes 144 Lohnbewegungen aus, und schon zwischen 1900 und 1914 waren nachweisbar 39 Streiks mit christlichsozialer Beteiligung geführt worden.[41] Daneben stellten die Führungsgremien der Bewegung auch immer wieder politische Postulate auf, so beispielsweise auch in der oben erwähnten Eingabe an den Bundesrat vom August 1918, in der zum wiederholten Male die Schaffung einer Alters- und Invalidenversicherung, eine bessere Preisüberwachung sowie die staatliche Unterstützung des Genossenschaftswesens verlangt wurden. Der vernichtende Vorwurf an die christlichsoziale Adresse, die Arbeiterinteressen zu verraten, ist denn letzten Endes und in seinem tieferen Kern vor allem damit zu erklären, dass die sozialdemokratischen Organisationen aus ihrer unbestrittenen Führungsposition innerhalb der schweizerischen Arbeiterbewegung auch 1918 noch in hohem Masse dazu neigten, sich als Alleinvertreter der Arbeiterschaft zu betrachten und darzustellen und Interessenverbänden mit einem anderen ideologischen Hintergrund die Daseinsberechtigung abzusprechen, beziehungsweise sie ganz einfach zu ignorieren. So brachte es beispielsweise die Redaktion des «Textil-Arbeiters» im Juni 1918 fertig, einen Artikel mit der Überschrift «Darf sich ein christlich denkender Arbeiter organisieren?» zu veröffentlichen, ohne die Christlichsozialen darin auch nur mit einer Silbe zu erwähnen.[42] Genau dieselbe Verschweigungstaktik offenbarten im übrigen mit beeindruckender Regelmässigkeit auch die Jahresrückblicke der «Gewerkschaftlichen Rundschau», des offi-

[40] Vgl. dazu Gautschi, Landesstreik, 111–117 und 288.

[41] Jahresbericht des christlichsozialen Zentralverbandes, 1918, 27; Computer-Auszug Streikprojekt Gruner.

[42] Textil-Arbeiter, 7. Juni 1918. Der «Textil-Arbeiter» war das offizielle Organ des dem SGB angeschlossenen Schweizerischen Textilarbeiterverbandes.

ziellen Organs des SGB, die jeweils den Titel «Die schweizerische Gewerkschaftsbewegung im Jahre 19..» trugen, die jedoch nur die Organisationen des SGB behandelten und die Christlichsozialen ausklammerten.[43] Diese demonstrative Nichtbeachtung des kleineren Gegenverbandes mag zwar in Anbetracht der Überlegenheit der sozialdemokratischen Gewerkschaften gegenüber den christlichsozialen und auch vor dem Hintergrund der gegenseitigen Spannungen verständlich wirken. Ganz grundsätzlich war sie aber andererseits nur schon deshalb nicht gerechtfertigt, weil auch der SGB nur eine Minderheit der schweizerischen Arbeiterschaft in seinen Reihen zählte, betrug doch der gewerkschaftliche Organisationsgrad in der Schweiz noch 1920 lediglich 26%, was ganz konkret heisst, dass nur jeder vierte Arbeiter überhaupt in einem Interessenverband organisiert war.[44]

Zum Schluss nun aber noch einmal kurz zurück zum Landesstreik. Dass die Christlichsozialen die landesweite Arbeitsniederlegung im November 1918 ablehnten, ja sogar vehement bekämpften, lässt sich – wie gesehen – durch die Bewegungsprogrammatik sowie durch die überlebenswichtige Rückbindung an das katholische Lager zweifelsfrei erklären und verstehen. Trotzdem: Bei allen Erklärungsmöglichkeiten und allem Verständnis bleibt die Tatsache nicht von der Hand zu weisen, dass die christlichsoziale Bewegung bei der wichtigsten und massivsten Demonstration der schweizerischen Arbeiterschaft im 20. Jahrhundert abseits stand, einer Aktion, die ihre wesentlichste Antriebskraft nachgewiesenermassen in der unermesslichen materiellen Not der Kriegsjahre und nicht etwa in revolutionären Umsturzgelüsten hatte, einer Aktion auch, die direkt und indirekt manchen Fortschritt in der Sozialgesetzgebung bewirkte und die vor allem das Bewusstsein reifen liess, dass Arbeiterinteressen in den innenpolitischen Auseinandersetzungen nicht einfach mehr übergangen werden konnten.[45] Aus dieser Optik betrachtet hat das christlichsoziale Abseitsstehen im November 1918 auch eine schmerzliche Seite.

[43] Vgl. z.B. Die Gewerkschaftsverbände der Schweiz im Jahre 1917. Beilage zu: Gewerkschaftliche Rundschau 12, (1918).

[44] Hartmut Kaelble, Auf dem Weg zu einer europäischen Gesellschaft. Eine Sozialgeschichte Westeuropas 1880–1980, München 1987, 84.

[45] Vgl. dazu z.B. Gautschi, Landesstreik, 362–379; Erich Gruner, Die Parteien in der Schweiz, Helvetia Politica, Series B, Bd. IV, Bern 1977, 137–141.